



Scirocco
borderline-europe, Sizilien –
Teil 09/2023
Palermo, 16.05.2023



Scirocco borderline-europe, Sizilien – Teil 09/2023

Palermo, 16.05.2023

Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Frankreich und Italien sind sich hinsichtlich migrationspolitischer Fragen noch immer uneinig. Nach den **diplomatischen Spannungen** der letzten Monate (wir berichteten in den [vorherigen Ausgaben](#) des Sciroccos), streiten die beiden EU-Mitgliedsstaaten nun über einen Kommentar des französischen Ministers [Gérald Darmanin](#), welcher der italienische Premierministerin Giorgia Meloni vorwarf, nicht in der Lage zu sein, die „Probleme der unkontrollierten Migration nach Italien zu lösen“. Anschließend bezeichnete der französische Politiker Stéphane Séjourné (Renew Europe) die Politik Melonis ebenfalls als „[unfair, unmenschlich und ineffektiv](#)“ und fügte hinzu, dass sich die französische extreme Rechte die italienische extreme Rechte (das derzeitige Regierungsbündnis, ANM.) zum Vorbild nehme. Der Schlagabtausch führte dazu, dass sowohl der italienische Außenminister Antonio Tajani als auch Premierministerin Giorgia Meloni beschlossen, den lang geplanten Besuch im Elysée-Palast abzusagen. In einem [später erschienenen Kommuniqué](#) verwies das französische Außenministerium jedoch wieder darauf, dass es „in einem Geist der Solidarität“ die „Herausforderung der Migration“ gemeinsam mit Italien aufnehmen

wolle. Konkret heißt dies, das Asylrecht in der EU weiter auszuhöhlen. Gemeinsam mit der deutschen Innenministerin [Nancy Faeser \(SPD\)](#) plant die französische Regierung das **neue Migrations- und Asylpaket der EU-Kommission**, welches geschlossene Transitzentren für abgelehnte Asyl- und Schutzsuchende sowie beschleunigte Asylverfahren von maximal drei Monaten an den EU-Außengrenzen vorsieht. Italien könnte diese Reformen als Transitland jedoch ablehnen. Die angespannte politische Situation wirkt sich besonders negativ auf die Situation an der französisch-italienischen Grenze aus und wird auf dem Rücken jener Migrant*innen und Geflüchteten ausgetragen, die sich in dieser Grenzregion aufhalten: So möchte Frankreich zukünftig die Grenze zu Italien [noch stärker militarisieren](#) und lehnt die Verteilung der in Italien angekommenen Personen innerhalb der EU ab. Zudem bereitet sich Frankreich auf die [Entsendung von 150 zusätzlichen Grenzpolizist*innen](#) vor. In den letzten Jahren ist es an der **Grenze zwischen Italien und Frankreich immer wieder zu humanitären Notsituationen**, tödlichen Unfällen und rassistischer Polizeigewalt gekommen – auf beiden Seiten der Grenzen; das sollte nicht vergessen werden.

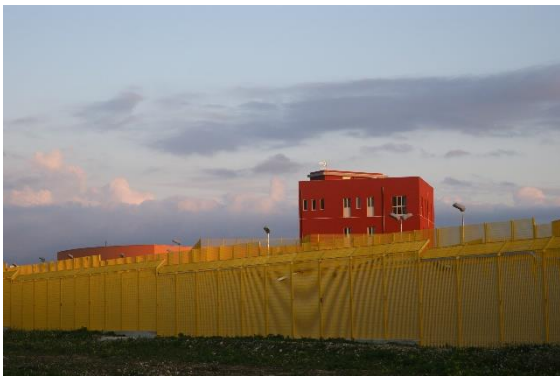


Boote in Lampedusa, Foto: Mediterranean Hope

Stato d'Emergenza – der Notstand

Am 11. April rief die italienische Regierung den „Ausnahmestand (...), um die außergewöhnliche Zunahme des Migrantstroms zu bewältigen“ aus (wir

berichteten [hier](#)). **Auf Lampedusa hat sich seitdem jedoch wenig verändert:** Aufgrund der hohen Anlandungen, würde viele Menschen erst nach vielen Stunden von der Anlegestelle zum Hotspot gebracht, häufig ohne dabei Trinkwasser zu bekommen, berichtet [Giovanni D'Ambrosio](#), Mitarbeiter von [Mediterranean Hope](#). Ankommende Personen würden nicht wie Überlebende, sondern wie Kriminelle während einer Polizeiaktion behandelt, ergänzt er. Der Präsident des italienischen Solidaritätskonsortiums (ICS) in Triest, [Gianfranco Schiavone](#), teilt diese Beobachtung. Italien bewege sich schrittweise auf das **ungarische Modell** zu: „Die derzeitige Regierung will eine schrittweise Öffnung geschlossener Zentren für die Inhaftierung und Segregation von Asylsuchenden in Hotspots und Rückführungszentren. Sie bewegt sich auf eine umfassende Inhaftierung aller Asylsuchenden zu.“



Abschiebungshaft Trapani-Milo. Foto: Franziska Schmidt

Die Regionalbeigeordnete von Emilia-Romagna, [Valentina Castaldini \(Forza Italia\)](#), stellte derweil die Wahl des Gouverneurs der Region, Stefano Bonaccini (Partito Democratico), in Frage und fordert ihn auf, den von der Regierung verhängten Ausnahmezustand zu akzeptieren. Dies geht darauf zurück, dass vier italienische Regionen – [Emilia-Romagna](#), [Toskana](#), [Kampanien](#) und [Apulien](#) – dem von der Regierung verhängten

und national geltenden Ausnahmezustand **noch nicht zugestimmt** haben.

„Einwanderungsplan“ von Piantedosi

Bei einem Besuch der Sitzung des Ausschuss für öffentliche Ordnung und Sicherheit in Palermo kündigte der italienische Innenminister [Matteo Piantedosi](#) eine **neue Strategie zur Bewältigung des Notstandes** und zur Entlastung des Hotspots von Lampedusa an, der durch die erhöhte Zahl an Anlandungen seit langem völlig überlastet ist. Teil davon sei ein neuer „Einwanderungsplan“, eine [Task-Force](#) für Lampedusa, ein besserer Transfer zwischen der Insel und dem Festland sowie eine [Aufstockung der Aufnahmeplätze](#) in Erstkunftscentren zwischen Sizilien und Kalabrien um [850 Plätze](#). Dies könnte ein Grund für die Wiederaufnahme der **Dublin-Rücküberstellungen** nach Italien sein, die derzeit auf Bitte der italienischen Dublin-Einheit aufgrund mangelnder Kapazitäten pausieren. Laut Piantedosi sollen einerseits die Aufnahme von Migrant*innen und Geflüchteten [diffus](#) und nicht in zentralen Hotspots oder Großzentren erfolgen, vorgesehen ist jedoch auch der [Ausbau der CPR](#) (Centri di permanenza per i rimpatri; Abschiebezentren). Andererseits schlug Piantedosi die [Einrichtung eines runden Tisches](#) vor, damit Staat und Regionen sich besser absprechen könnten. Ebenso wies er auf einen bevorstehenden Besuch in Tunis hin, den die italienische Regierung nutzen wird, um weitere **bilaterale Vereinbarungen zwischen Italien und Tunesien** auszuhandeln. Dieser „strategische Dialog“ mit den tunesischen Behörden wird unter der Beteiligung der Europäischen Kommission stattfinden und zielt auf die Externalisierung der EU-Grenze auf den afrikanischen Kontinent.

Bilaterale Gespräche mit Libyen und Großbritannien

Im Mittelpunkt des bilateralen Gesprächs zwischen Giorgia Meloni und dem Befehlshaber der selbsternannten Libyschen Nationalarmee (LNA) Khalifa Haftar stand die große Zahl an Anlandungen in Italien. [Palazzo Chigi](#), Sitz der Ministerpräsidentin, ließ verlauten, dass Meloni zudem die italienische Unterstützung für weitere UN-Maßnahmen in Libyen zur Wiederbelebung eines politischen Prozesses hinsichtlich Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Libyen bestätigt habe. [Khalifa Haftar](#), Gegner der von der UN anerkannten libyschen Regierung, traf sich auch mit dem italienischen Außenminister Antonio Tajani in Rom. Bei einem Treffen mit dem ägyptischen Staatschef in Kairo hatte Tajani zuvor dazu aufgerufen, gegen Haftar vorzugehen, „um eine endgültige Befriedung Libyens zu ermöglichen“ und die **Fluchtbewegungen aus Libyen zu verringern**. Solange Geflüchtete und Migrant*innen in libyschen Lagern Gewalt, Folter und Tod ausgesetzt sind, ist dieses Vorhaben dramatisch. Das plötzliche Verhandeln mit dem Gegner der Tripolis-Regierung hat zu Verwirrung auch bei anderen Regierungen geführt.

Auch mit [Großbritannien](#) führt die italienische Regierung zurzeit Gespräche über eine stärkere Zusammenarbeit in der Migrations- und Asylpolitik.

Politische Stimmen aus Lampedusa

Der Bürgermeister von Lampedusa und Linosa, [Filippo Mannino](#), betonte hinsichtlich der neuen Pläne von Innenminister Piantedosi seine **zahlreichen Rufe nach Unterstützung**. Das vorhandene Budget reiche nicht aus, weder für die Versorgung der ankommenden Menschen noch für die allgemeine Infrastruktur der Inseln. Der ehemalige Bürgermeister [Totò Martello](#)

kommentierte dies kritisch, so etwa die Aussage, dass Migrant*innen und Geflüchtete laut Mannino an Lampedusa „vorbeigeführt“ werden sollten. Zudem wies Martello darauf hin, dass die von Mannino genannten Themen wie Seenotrettung, die Verwaltung des Aufnahmезentrums, die medizinische Versorgung oder die Schiffslogistik in den Zuständigkeitsbereich anderer Behörden fallen würden und die Gemeinde lediglich bei Randfragen eingreife. So müsse es andere Gründe für das mangelnde Handeln des Bürgermeisters geben, schlussfolgert Martello.

Situation der Geflüchteten

Anfang Mai protestierten rund **500 unbegleitete minderjährige Geflüchtete**, die im Hotspot Contrada Imbriacola auf Lampedusa untergebracht sind, für einen Transfer in andere Zentren auf dem Festland.



Hotspot Lampedusa

Sie riefen "Liberté" – Freiheit – von den Dächern der Pavillons herab, in denen sie untergebracht sind. Die Präfektur von Agrigento hatte es bis dato nicht geschafft, Plätze für die Überstellung der Minderjährigen zu organisieren. Die **lauten Proteste zeigten Wirkung**: kurze Zeit später begannen die ersten **Überstellungen nach Porto Empedocle**. Mit den 2018 verabschiedeten Salvini-Dekreten wurde die Zahl der Plätze für Minderjährige im

italienischen Aufnahmesystem drastisch reduziert, damit kommt es seit langem zu einem **strukturellen Mangel an sicheren Unterkünften für Minderjährige**. So entsteht die paradoxe Situation, dass gerade diejenigen, die zur Wahrung des Kindeswohls als Erste aus dem Hotspot verlegt werden müssten, am längsten bleiben. Hotspots sind nicht sicher, wie Save the children in dem im Februar 2023 veröffentlichten Bericht „[Hidden in plain sight – Southern Frontier](#)“, mahnt.

Computergestützte Antragstellung auf internationalen Schutz funktioniert kaum

Seit dem 5. April gibt es in Mailand die Möglichkeit, mithilfe eines **computergestützten Systems einen Antrag auf internationalen Schutz** zu stellen – doch das System blockiert die Antragstellung und so „befinden sich die Warteschlangen nicht mehr vor der Questura, sondern haben sich ins Internet verlagert“, heißt es in einer [gemeinsamen Erklärung](#) von Todo Cambia, Associazione studi giuridici sull'immigrazione (Asgi), Naga, Cambio passo, Mutuo soccorso Milano und Rete Milano. Das neue System sieht **drei verschiedene Antragsverfahren** vor: Personen mit Ausweispapieren können nach der Registrierung direkt einen Termin für die Antragstellung auswählen; Personen ohne Ausweispaapiere sind auf die Unterstützung von zivilen und kirchlichen Organisationen angewiesen; und über 60-Jährige sowie schwangere Frauen können sich telefonisch oder persönlich für ein Ad-hoc-Verfahren melden. Antragsstellende der ersten Gruppe sind folglich dazu gezwungen, es so lange auf dem Portal zu probieren, bis sie zufälligerweise einen Moment erwischen, in dem das System ihnen eine Buchung erlaubt.

Aufnahme in der Toskana

Da die Ankunfts zahlen in der Toskana weiterhin sehr hoch sind und die 22 Aufnahmezentren mittlerweile **vollständig ausgelastet** sind, forderte die Präfektur nun die [Öffnung von privaten und nicht-privaten Orten](#) wie Parks, Gärten und Rasenflächen zur Unterbringung der ankommenden Menschen. Das vor einigen Tagen eröffnete CAS mit 50 Aufnahmeplätzen in Bivigliano sei bereits vollständig belegt, so die betreibende Genossenschaft Girasole. Dies schließt nun die erneute Installierung von behelfsmäßigen Zelten nicht mehr aus, die **aus humanitärer Sicht eigentlich nicht tragbar sind**. Es muss aufgrund des Notstandes damit gerechnet werden, dass dubiose Betreiber von alten



Foto: Julie Ricard, Unplash

Hotels und prekäre, schnell errichtete Zeltstädte auftauchen, wie wir es auch im „Notstand Nordafrika“ von 2011 bis 2013 erlebt haben.

Monitoring - Kampf - Widerstand gegen die Abschiebungshaft

In einem neuen Artikel des [Archi Porco Rosso](#), die uns jeden Monat einen Einblick in aktuelle Themen der Sans Papiers Beratungsstelle geben, wird die **Abschiebungshaft in Italien thematisiert**. Die Regierung hat eine Erhöhung der Plätze in den Abschiebungszentren CPR (Centri di Permanenza di Repatriazione) beschlossen. Doch die Fälle von unmenschlicher Behandlung häufen sich in einer Haftanstalt,

in der sich keine Straftäter*innen, sondern Geflüchtete und Migrant*innen befinden, deren einziges „Verbrechen“ ihre unerlaubte Einreise nach Italien ist.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>

italia@borderline-europe.de

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.